



 Josh Zakary / Flickr - CC BY-NC 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/>

PRESSEMELDUNG, 16.02.2016,

EU-Bürger wollen faire Verteilung der Flüchtlinge

Wenn es um die Flüchtlingskrise geht, sind die europäischen Regierungen gespalten: Die einen wollen Asylsuchende aufnehmen, die anderen lehnen sie strikt ab. Die Bürger Europas sehen dies ganz anders. Sie wollen eine faire Verteilung und verlangen vor allem eine gemeinsame Antwort auf die neue Herausforderung.

ANSPRECHPARTNER



Isabell Hoffmann

Gütersloh, 16. Februar 2016. Die Bürger der Europäischen Union wollen mit großer Mehrheit eine europäische Antwort auf die Flüchtlingskrise und sind für eine faire Lastenverteilung auf alle Länder. Nationalen Alleingängen erklären sie eine klare Absage. Dieses Meinungsbild zeichnet eine aktuelle Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die regelmäßig die Meinungen europäischer Bürger zu aktuellen politischen Debatten analysiert. Für die aktuelle Ausgabe der "eupinions" - Umfrage wurden die Einstellungen zu Asyl- und Migrationspolitik in allen EU-Mitgliedsstaaten erfragt: Danach sprechen sich 87 Prozent der Befragten in allen 28-EU-Mitgliedstaaten für eine gemeinschaftliche Sicherung der EU-Außengrenzen aus. 79 Prozent wünschen sich eine faire

Verteilung der Asylsuchenden auf alle Länder der Union und ebenfalls 79 Prozent wollen die Reisefreiheit innerhalb der EU geschützt sehen. Eine große Mehrheit von 69 Prozent unterstützt auch die Forderung, dass diejenigen Staaten, die es ablehnen, ihren Teil der Verantwortung zu tragen, weniger Geld aus der EU-Kasse erhalten sollen.

"Damit formuliert eine deutliche Mehrheit der Europäer in Sachen Flüchtlingspolitik eine klare Botschaft an den EU-Gipfel: Findet eine europäische Lösung, die auf Solidarität basiert, Stabilität bringt und die Reisefreiheit wahrt", sagt Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung: "Die europäischen Staats- und Regierungschefs sollten sich den klaren Wunsch ihrer Bürger nach einer europäischen Lösung zu Herzen nehmen."

79 Prozent aller Europäer sprechen sich laut der Umfrage für eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik aus. Die EU soll hier federführend die Verantwortung tragen, erklären 52 Prozent der Befragten. 27 Prozent wünschen sich eine geteilte Verantwortung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Nur 22 Prozent würden die Migrationspolitik lieber ihrem eigenen Land überlassen.

Die Umfrage der Bertelsmann Stiftung zeigt zugleich einen Graben zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten: So findet immerhin eine Mehrheit der Bürger (54 Prozent) in den neuen Mitgliedstaaten, dass Asylbewerber fair verteilt werden sollen. In den alten Mitgliedstaaten jedoch befürworten 85 Prozent der Befragten eine solche Lastenverteilung. Nur 41 Prozent der Bürger in den neuen Mitgliedstaaten fordern, dass jene Staaten, die bei einer fairen Aufteilung der Asylbewerber nicht mitmachen, dafür finanzielle Nachteile in Kauf nehmen sollten; in den alten Mitgliedstaaten sind dagegen 77 Prozent für einen solchen Ausgleich. Einig sind sich alle bei der gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen (91 Prozent Befürworter in den alten, 87 Prozent in den neuen EU-Staaten).

Nach Einschätzung der Studie liegen die Zustimmungswerte für eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik ausgesprochen hoch. Daraus lasse sich aber nicht schließen, dass die Europäer ebenso positiv auf die neu Ankommenden schauen. In dieser Frage sind sie eher gespalten, wie die "eupinions" - Umfrage zeigt: 50 Prozent erklären, dass sie sich manchmal wie Fremde im eigenen Land fühlen. 58 Prozent fürchten negative Folgen für die Sozialsysteme. Und 54 Prozent der EU-Bürger finden, dass die Kriterien für Asylbewerber nicht zu großzügig ausgelegt werden sollten.

Der Umfrage zufolge wollen die Menschen nicht, dass die Reisefreiheit im Schengenraum zum Opfer der aktuellen Krise wird: 79 Prozent der Europäer wollen ihre Reisefreiheit weiter genießen können und sehen Schengen als die zweitwichtigste Errungenschaft der Europäischen Union, nur knapp hinter dem Binnenmarkt. Letztlich glaubt eine deutliche Mehrheit der Befragten, dass die Europäer ihre Zusammenarbeit in Zukunft vertiefen müssen. 60 Prozent sind davon überzeugt, dass wir mehr politische und ökonomische Integration brauchen.

Über die Studie:

Die Befragung fand im Dezember 2015 in allen europäischen Mitgliedstaaten (EU28) statt. Sie ist mit einem Sample von 11.410 Befragten repräsentativ für die Europäische Union. Zudem besteht Repräsentativität für die sechs größten Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen). Diese Befragung ist die zweite einer Reihe von Erhebungen der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit Dalia Research. Diese laufen unter dem Titel "eupinions" und ermitteln den europäischen Bürgerwillen in Bezug auf die Fortentwicklung der Europäischen Union und einzelne Politikfelder. Die erste Umfrage vom Oktober 2015 finden Sie [hier](#).

Links

[Umfrage "Grenzsicherung und Reisefreiheit"](#)

Projekte

[Europa stärken und verbinden](#)

| BertelsmannStiftung

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[RSS](#)

